

Buchbesprechung: Jahrbuch Migration und Gesellschaft 2022/2023

Wiebke Sievers, Rainer Bauböck, Ivan Josipovic, Dženeta Karabegović, Kyoko Shinozaki (Hg.): Jahrbuch Migrationsforschung 6. Jenseits der Migrantologie: Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven der Migrationsforschung. Verlag der Österreichische Akademie der Wissenschaften, Wien 2022; 371 Seiten

Aus welcher Perspektive wird Migrationsforschung durchgeführt? Welche soziokulturellen Hintergründe weisen Forschende in diesem Bereich auf? Finden die Erfahrungen und Sichtweisen der Betroffenen ausreichend Sichtbarkeit im wissenschaftlichen Betrieb oder bleibt es bei Zuschreibungen von außen? Dieser kritischen Analyse widmet sich der Sammelband „Jenseits der Migrantologie. Aktuelle Herausforderungen und neue Perspektiven in der Migrationsforschung“ aus der Reihe „Jahrbuch Migrationsforschung“ des Verlags der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Die darin enthaltenen Beiträge stammen von der 6. Jahrestagung für Migrationsforschung, die 2020 an der Universität Salzburg unter dem Motto „Grenzen überschreiten – Perspektiven der Migrationsforschung“ stattfand. Wie im Titel bereits angedeutet, hält der Sammelband nicht mit Kritik an bestehenden Forschungsansätzen zurück, etwa an der Publikation des Österreichischen Integrationsfonds „Jahrbuch Migration und Integration“, in welcher etwa eindeutig definiert wird, wann eine Person als integriert gilt und damit zur Mehrheitsgesellschaft zählt. „Solche Ansätze sind zunächst einmal deshalb problematisch, weil sie Menschen, die in Österreich leben, die Zugehörigkeit zu Österreich absprechen. [...] Doch solche nationalstaatlichen Kategorisierungen sind selbst nur Konstrukte, die sich erst im 19. Jahrhundert etablierten [Anderson 1991] und in Österreich erst nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wirklich Anwendung fanden“ (S. 9). Dem stellt der Sammelband eine bereits bestehende Vielzahl an alternativen Neuansätzen in der Migrationsforschung gegenüber und versucht aufzuzeigen, wie sich diese „in konkrete empirische Forschung übersetzen lassen“ (S. 8). Als zentral für die bestehende Entwicklung wird die Arbeit von Andreas Wimmer und Nina Glick Schiller angeführt, welche sich mit dem „methodologischen Nationalismus“ der Migrationsforschung auseinandergesetzt haben und die soziale Konstruiertheit von Migration hervorheben, denn erst mit dem Herausbilden von Nationalstaaten wurde auch Staatsangehörigkeit, wie wir sie heute definieren, bedeutsam. Dass transnationale Theorien in den vergangenen Jahren an Sichtbarkeit gewonnen haben, zeigt ein Blick auf die zum Thema publizierten Bücher, etwa das bereits besprochene Buch „Global Age, Migration und Medien. Transnationales Leben gestalten“ von Christina Schachtner.

Herausforderung Pluralität

Im Beitrag von Naika Foroutan, Expertin für Migrationsforschung, die unter anderem Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin ist, wird herausgearbeitet, wie die Konflikte rund um Migration im Grunde nur die Oberfläche aktueller gesellschaftlicher Aushandlungen sind. Es

gehe um die „Anerkennung von Gleichheit und Gleichstellung“ als zentrales Versprechen moderner Demokratien, „die sich auf Pluralität und Gleichheit berufen. [...] Die Ausgangsthese ist, dass Migration sich regelrecht zu einer Chiffre für Pluralität entwickelt hat, in deren Ablehnung sich die Abwehr weiterer pluraler Lebensentwürfe bündelt“ (S. 33). Dabei beschränkt sich der Konflikt zwischen mehr Pluralität und der Rückkehr zur Eindeutigkeit nicht nur auf eine gesellschaftspolitische Dimension, vielmehr gehe es der Autorin zufolge auch um eine „demokratiethoretische Spannung zwischen jenen, die Pluralität und Repräsentation als grundlegend für die Verfasstheit der Demokratie sehen, und jenen, die eine gelingende Demokratie vor allem in größtmöglicher Homogenität verankern“ (S. 37). Im Beitrag arbeitet die Expertin anschaulich heraus, wie sich Konflikte um Zugänge und Ressourcen in postmigrantischen Gesellschaften verändern, indem beispielsweise bereits länger im Land lebende Menschen neu ankommende Migrant:innen abwerten. Die Spannung zwischen Etablierten und Fremden bleibt folglich weiterhin bestehen, doch es zeigt sich, „dass es postmigrantisch zu immer neuen positionalen Veränderungen in der Gesellschaft kommt“ (S. 40) und der Fokus vom Status des Migrationshintergrundes abrückt. Durch diesen Prozess wird es auch zunehmend komplexer, Gruppen zu definieren. Bestehende Hierarchien und Machtstrukturen brechen auf und erfordern immer neue Aushandlungen und Reflektionen bestehender sozialer Ungleichheiten. Foroutan fordert vor diesem Hintergrund einen „Integrationsvertrag für alle“ (S. 47), wobei Integration hier weiter zu fassen ist, als eine gerechte Teilhabe an Ressourcen und Zugängen. Es gilt auch „symbolische, identifikative und kulturelle“ Teilhabe zu garantieren. Als wesentlicher Marker postmigrantischer Gesellschaften gilt etwa die Eigendefinition als Einwanderungsland, was am Beispiel Deutschland unter anderem zu „einer Reihe von gesetzgebenden Initiativen geführt hat“ (S. 42). Wir erleben folglich eine Transformation, in deren Mittelpunkt das „Gleichheitsversprechen der pluralen Demokratie“ (S. 47) steht. Als weitere künftige Herausforderung sieht die Autorin die Anerkennung und Teilhabe von Menschen mit stark transnationalen Biografien und temporären Aufenthalten im Land.

Zum Zusammenhang von Klimawandel, Migration und Protesten

Mit der Klimakrise werden oft auch große Fluchtbewegungen in Zusammenhang gebracht. Ist ein Gebiet nicht mehr bewohnbar oder ist es dort aufgrund von klimatischen Veränderungen nicht mehr möglich, ertragreiche Landwirtschaft zu betreiben, ist es notwendig, Schritte zu setzen. Besonders davon betroffen sind Regionen im globalen Süden. Abhängig davon, wie sich die Umweltbedingungen entwickeln, bleiben den Menschen unterschiedliche Strategien im Umgang mit der Krise. Etwa, wenn eine Anpassung an die veränderten Bedingungen geschieht, sofern das für die Menschen vor Ort möglich ist, ansonsten ist Migration häufig die Folge der Veränderungen. Diese findet primär jedoch innerhalb von Staaten und nicht grenzübergreifend statt. „Zudem ziehen diese sogenannten UmweltmigrantInnen typischerweise von ländlichen Gebieten in die nahe gelegenen Städte und tragen somit zu einer Urbanisierung bei“ (S. 83). Wie in der Überschrift bereits angedeutet, versucht der Beitrag von Gabriele Spilker, Quynh Nguyen, Vally Koubi und Tobias Böhmelt zum einen, die Verbindung zwischen der Klimakrise auf Migrationsbewegungen nachzuvollziehen, um darüber hinaus auch zu analysieren, ob eine Beziehung zwischen Urbanisierung (aufgrund von Migration) und Konflikten vor Ort besteht. Eine einleitende Übersicht zur bestehenden

Literatur zeigt auf, dass es sich hier um einen vergleichsweise jungen und noch ausbaufähigen Forschungsstrang handelt, welchen die Autor:innen mit ihrem Beitrag weiter unterstützen und entwickeln möchten. Um etwa den Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen und Migration nachvollziehen zu können, ist es notwendig, in Studien auf die individuelle Ebene auszuweichen. Die Autor:innen argumentieren, dass jene, die aufgrund von Umweltveränderungen zur Migration gezwungen werden, sich weniger gut integrieren können und die Tendenz, an Protesten teilzunehmen, größer ist als bei anderen. „Die Argumentation dahinter ist zum einen, dass konstante und langanhaltende Entbehrungen und Missstände, die graduelle Langzeitveränderungen mit sich bringen, in der Wahrnehmung der MigrantInnen lange haften bleiben [Sen 2011] und damit das Sozialverhalten sowie die Wahrnehmung von Gerechtigkeit und Fairness am neuen Heimatort stark negativ beeinflussen können [van Stekelenburg/Klandermaans 2017]“ (S. 89). Abschließend empfehlen die Autor:innen, dass Policy Maker diesen Prozessen im Globalen Süden mehr Aufmerksamkeit schenken sollten. Mit Blick auf die besondere Situation von Umweltmigrant:innen gelte es, diese im Bezug auf eine gute Integration am Zielort bestmöglich zu unterstützen.

Rechte und Zugänge staatenloser Migrant:innen im Vergleich

Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, nämlich dass Menschenrechte für alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft und ihres Reisepasses gültig sein sollten, es real aber nicht sind, wird im Kontext von Asyl und Migration besonders oft deutlich. Im folgenden Absatz geht es um die Lage geflüchteter, staatenloser Personen und die Frage, wie Spanien und Österreich damit rechtlich umgehen. Zwar haben Österreich wie auch Spanien das „Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen von 1954“ und das „Übereinkommen zur Verminderung der Staatenlosigkeit von 1961“ ratifiziert, doch weist ihr Umgang mit staatenlosen Menschen auf viele Unterschiede in der Praxis hin. Ohne zu sehr auf die rechtlichen Grundlagen einzugehen, zeigt sich ein Punkt in beiden Ländern deutlich: Der Tatbestand der besonderen Vulnerabilität Staatenloser spielt in keinem der Länder eine wesentliche Rolle. Spanien etwa schreibt aufgrund seiner Kolonialgeschichte Menschen aus dem Gebiet der Saharawi sehr unkompliziert und schnell einen geschützten Status zu, während die Ansuchen anderer in Aktenbergen verschwinden. „We can't refuse them, we can't accept them. So, we postpone them“ (S. 169). In der österreichischen kommt es ebenfalls weniger auf die Staatsangehörigkeit an, sondern auf die Abschiebbarkeit: „According to a high-level civil servant in the Ministry of the Interior, it is not actually important for Austria if the person is stateless or has a citizenship – what matters is his or her deportability“ (S. 166). Zur Klärung, ob die Person abgeschoben werden kann, kommt noch die Bereitschaft zur Kooperation mit den Behörden hinzu: „Those who do not cooperate [in their aliens' police process / Anm.] come into coercive detention etc. but those who do cooperate and still cannot be deported for whatever reason – and statelessness is part of that – fall into so-called 'tolerated stay' [...] this means that they ultimately stay here“ (S. 166).

In Anbetracht der aktuell diffusen Ausgangslage für staatenlose Menschen empfiehlt die Autorin des Kapitels, Victoria Reitter, zum einen, den Begriff der Vulnerabilität auf Basis

weiterer Studien nachzuschärfen, um die aktuellen Messlatten (wie in Österreich etwa die Kooperation) durch ein allgemeines Narrativ der Schutzbedürftigkeit zu ersetzen. Darüber hinaus braucht es die Umsetzung eines gemeinsamen europäischen Staatenlosensystems das ähnlich wie das europäische Asylsystem aufgebaut sein könnte.

Mit dieser Zusammenfassung wurde ein exemplarischer Einblick in den sehr beeindruckenden Sammelband ermöglicht. Dieser zeigt die vielen komplexen Fragestellungen und Herausforderungen im Kontext von Migration auf, verweist aber darüber hinaus auf eine breite und sehr engagierte Forschungslandschaft, welche stets auch um Ausblick und Lösungsansätze bemüht ist.

Zur Rezensentin: Carmen Bayer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen. Sie ist regelmäßig journalistisch tätig und schreibt u. a. für das Buchmagazin „pro zukunft“.